


**Protestkundgebung gegen die Ausstellung „Otto Muehl – Kunst am Abgrund"** Foto: Roland Schlager/APA/picture alliance

# Wiener Aktionistendämmerung

Das neue Wiener Aktionismus Museum wollte Otto Mühl eigentlich als Künstler rehabilitieren. Doch es scheitert jetzt an Mühl als Missbrauchstäter. Zusammenfassung einer fiesen Geschichte

Von **Uwe Mattheiß**

Museen genießen Vertrauen, sogar bei denen, die gar nicht hingehen. Es ist nicht ganz so groß wie zu Freund:innen oder der Familie, aber weit größer als zu Parteien, Kirchen und sozialen Medien, die in einer Studie des Berliner Instituts für Museumsforschung über das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen gleichauf hintere Ränge belegen.

Dieses Vertrauen gibt Macht. Die ist auch im Fall des Kunstmuseums nicht nur symbolisch oder auf die Verteilung von Ressourcen und Gratifikationen im Kunstsystem beschränkt. Die Zuschreibung und Verbreitung dessen, was Kunst ist, bewegt über sie hinaus Werte und Märkte, wirkt auf das Leben und Erleben auch von Menschen, die den Zugang zur Kunst gar nicht gewählt haben.

Für die Werke des 1991 in Österreich zu sieben Jahren Haft verurteilten pädosexuellen Straftäters Otto Mühl (1925–2013) gilt das in besonderer Weise. Kunstinstitutionen, die über Jahrzehnte Mühl befördert haben, entgehen auch mit dem Verweis auf Kunstfreiheit nicht ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern von Mühls sexualisierter Gewalt in der auf ihn als Guru ausgerichteten Sekte, die unter dem Namen Aktionsanalytische Organisation (AAO) von Anfang der 1970er Jahre bis zur Auflösung 1990 am Friedrichshof im Burgenland bestand.

Eine Lesung im Burgtheater in der Zeit Claus Peymanns erlaubte ihm, sich als einen vom konservativen Establishment zu Unrecht oder zumindest zu hart bestraften Rebellen darzustellen. Eine Ausstellung im Wiener Museum für Angewandte Kunst (MAK) spottete über eine „siebenjährige kreative Staatsklausur" Mühls. Schauen im Leopold Museum und Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig (mumok) trugen in unterschiedlichen Perspektiven dazu bei, Mühl in die Erzählung einer österreichischen Kunstgeschichte nach 1945 zu integrieren.

Seitdem tauchen immer wieder Arbeiten aus den späten 1980er Jahren in österreichischen Galerien, Museen und Auktionshäusern auf, die nichts mehr mit dem Aktionismus zu tun haben, in Mühls Sekte entstanden sind, Missbrauchsopfer in figurativer Malerei erkennbar abbilden oder mit Missbrauch im Zusammenhang stehen. Sie bergen die Gefahr der Retraumatisierung für alle, die als Kinder und Jugendliche im Zwangssystem der Sekte psychische und sexualisierte Gewalt erfahren haben.

Verurteilt wurde Mühl wegen weniger Straftaten. Als juristische Gegenwehr bleibt Betroffenen nur noch das Persönlichkeitsrecht, so die Wiener Anwältin Maria Windhager, die gerade einen Musterprozess am Grazer Landesgericht führt. Allein dass durch ihre Zeugenaussagen nun doch aktenkundig wird, was war, sei für viele Betroffene ein Fortschritt.

Ein Begriff von Autonomie, der Kunst losgelöst von einer Lebenspraxis betrachten will, gerät im Fall Mühl gleichermaßen zum Selbstwiderspruch wie in eine Zone moralischer Unhaltbarkeit. Daran scheitert auch eine aktuelle Ausstellung, die der frühere Direktor der Wiener Albertina Klaus Albrecht Schröder im privaten Wiener Aktionismus Museum (WAM) zu Otto Mühl kuratiert hat. Die Schau beansprucht einerseits, Mühls Arbeiten für sich stehen zu lassen, „weder die Bedeutung seiner Kunst durch seine Verbrechen zum Verschwinden bringen noch die Verbrechen durch die Bedeutung seiner Kunst relativieren".

Der Titel „Kunst am Abgrund" koketiert dagegen mit dem Missbrauch. Die Ambivalenz im Wording öffnet den Weg zu Mühls Bagatellisierung seiner Straftaten in einer romantisierenden Selbstinszenierung als artiste maudit. Der Versuch, sein Oeuvre als geschlossenes Gesamtwerk eines Künstler-Genius zu validieren, misslingt gleich mehrfach. Dabei werden ganze Werkkomplexe ausgeblendet, die genau das sind, wovon Schröder Arbeiten, die er zeigt, freisprechen will: „Beweismittel seiner Straftaten".

Was zu sehen ist, bleibt ein Torso. Standfotos aus der Aktionistenzeit, wie etwa von der Aktion „Leda und der Schwan", zeigen im zeitlichen Abstand vielleicht nur, was sich ein früherer Wehrmachtsangehöriger unter sexueller Befreiung vorstellte. Weitere Arbeiten sind recht simple epigonale Annäherungen an Figuren der Kunstgeschichte von van Gogh bis Rainer Fetting.

In der Schau misslingen gleich zwei Übertragungsversuche: die im Vergleich zu anderen Vertretern bescheidene Reputation, die Mühl im aktionistischen Kontext der 1960er Jahre genießt, auf den gesamten Output auszudehnen; aber auch der Plan, den Schauraum einer privaten Sammlerinitiative mit dem Vertrauen aufzuwerten, das die Öffentlichkeit dem Wortbild „Museum" entgegenbringt. Das WAM beendet im Januar 2027 seinen öffentlichen Betrieb.

Otto Mühl hat beansprucht, im Kollektiv der Kommune gleichsam als Gesamtkunstwerk die Trennung von Kunst und Leben aufzuheben. Die „reine" Kunstanschauung hingegen abstrahiert Mühls Opfer zum lebenspraktischen Kollateral-

## Der Fall Mühl beeinträchtigt das kulturelle Kapital öffentlicher Museen

schaden, nimmt ihnen Stimme, Identität und Handlungsmacht.

Der Fall Mühl beeinträchtigt das kulturelle Kapital öffentlicher Museen, die an seiner Normalisierung und bisweilen auch Glorifizierung beteiligt waren, offenbar derart, dass Zweifel aufkommen, ob sie überhaupt in der Lage sind, die eigene Rolle in dieser Causa angemessen aufzuarbeiten. Dazu werden Forderungen laut, diese Aufgabe an eine unabhängige, mit angemessenen Forschungsmitteln ausgestattete Kommission zu übertragen.

Ulrike Schiesser, Geschäftsführerin der österreichischen Bundesstelle für Sektenfragen; Hedwig Wölfl, Psychotherapeutin und Leiterin des Wiener Kinderschutzzentrums die möwe; Maria Windhager und die frühere Sammlungsleiterin des mumok, Marie-Therese Hochwartner, sind Anfang des Jahres damit an den zuständigen Minister und Vizekanzler Andreas Babler herangetreten. Vorbilder für eine solche Kommission gibt es. Nach dem Kunstrückgabegesetz von 1998 arbeitet eine Kommission zur Provenienzforschung unabhängig von den einzelnen Häusern in den Museen und Sammlungen der Republik Österreich.

Wie auf einer Tagung der Bundesstelle für Sektenfragen am Wochenende in Wien zu erfahren war, wird es zu einem solchen unabhängigen Forschungsprojekt jedoch vorerst nicht kommen. Babler hatte Handlungsbereitschaft signalisiert. Die Umsetzung auf der Beamtenebene gleicht hingegen einer Musil'schen Parallelaktion, die getreu nach dem literarischen Vorbild aus dem „Mann ohne Eigenschaften" eine Ersatzhandlung setzt, die die ursprüngliche Handlungsabsicht konterkariert.

Die fünf Direktor:innen der österreichischen Bundesmuseen wurden beauftragt, einen allgemeinen Leitfaden zum Umgang mit Gewaltkunst zu erstellen. Diesen gebe es auch schon, wie es aus dem Kreis der Museumsdirektor:innen hieß. Die Verantwortung dafür bleibe bei den Häusern. Forscher:innen und die Vertretung der Interessen von Geschädigten hängen von ihnen ab.

Von weitergehender Aufarbeitung, von Fördermitteln etwa zur Erschließung des umfangreichen Film- und Videoarchivs am vormaligen Sektenstandort auf dem Friedrichshof ist hier noch nicht die Rede. Die politische Begründung stieß bei manchen Tagungsteilnehmer:innen auf Befremden. Man wolle die Autonomie der Bundesmuseen nicht antasten, um einer drohenden Rechtsregierung nicht den Präzendenzfall für Eingriffe ins Kunstsystem zu liefern.

Und doch bleiben Fortschritte. Mit der Bundesstelle für Sektenfragen, als öffentlich-rechtliche Anstalt gesetzlich verankert, führt erst mal eine staatliche Stelle, nicht mehr nur NGOs oder Einzelinitiativen die Debatte und etabliert darin eine andere Sprache jenseits von kunsthistorischen Mechanismen einer autoritativen Wertzuschreibung, die jede Kritik daran als Einwand unwissenschaftlicher Betroffenheit abtut. Sie klärt nicht nur Begriffe neu, sondern erlaubt Überlebenden, wie im interdisziplinären Kontext die eigenen Erfahrungen wiederzufinden.